

Zur Einführung

Kurt Möller, Florian Neuscheler, Felix Steinbrenner

Liebe:r Leser:in, diese Einführung startet ungewöhnlich, nämlich mit einem Foto.



Abb. 1: Demokratie ist (k)ein Geschenk – ein Gedanke und eine Karte, entstanden im Rahmen politischer Bildungsarbeit (Foto: © Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stefanie Beck).

Was glauben Sie: Ist Demokratie ein Geschenk oder ist es keins? Sie meinen: Naja, irgendwie beides, oder? Tja, das glauben die Herausgeber dieses Bandes auch.

Einerseits ist es ein Geschenk, in eine Gesellschaft hineingeboren worden zu sein, in der – bei aller Kritik, die man an ihr im Einzelnen üben mag – in den Sphären der Politik und des Politischen demokratische Regelungen Geltung beanspruchen können. Andererseits ist Demokratie mehr als ein Präsent, das sich als fertiges Produkt aus dem Geschenkpapier wickeln und dann genießen lässt. Demokratie muss stets neu hergestellt werden. Sie ist nie ein für alle Mal gegeben. Sie entsteht in einem Prozess des Mit-, Neben- und Gegeneinanders der Menschen und entwickelt sich durch Auseinandersetzungen zwischen ihnen weiter – mal in eine Richtung, die der eine für richtig hält, mal in eine Richtung, die die andere skeptisch macht.

Weil Demokratie in diesem Sinne stets so unabgeschlossen ist wie das gesellschaftliche Leben im Fortgang der Geschichte selbst, kommt es für die, die in und mit ihr leben – also für uns alle – auf mehr an als bloß darauf, ihre Regeln zu erlernen und den Umgang mit ihnen zu üben und zu festigen. Denn der demokratische Status quo ist nur eine Momentaufnahme im historischen Prozess von Demokratieentwicklung. Viel grundlegender gilt es, sich in diesen Prozess einschalten und ihn mitgestalten zu können.

Insofern es mithin mehr bedarf als einer Adaption des Vorhandenen und an die Folgegenerationen zu Überliefernden, kann Demokratie nicht erlernt werden wie Mathe-Formeln und die Vokabeln einer Fremdsprache. Erst recht ist sie nicht zu erpauken wie diese. Sie kann auch nicht schlicht pädagogisch weitergeleitet werden – nicht einmal durch die wohlgemeinte Absicht, Einsicht in ihre Grundfesten und bestehenden Regularien zu vermitteln. Es geht nicht um eine Übernahme und Internalisierung fixer Normen und Werte, sondern um eine produktive Aneignung politisch relevanter Tatbestände und Debatten, innerhalb derer Realität erfasst, gedeutet und verändert werden kann.

Demokratie braucht also demokratische Bildung – eine demokratische Bildung, mit deren Unterstützung die Individuen und ihre kollektiven Zusammenschlüsse zu politischen Subjekten werden und dabei entsprechende Selbstverständnisse finden können; eine demokratische Bildung folglich, die Räume öffnet für demokratische Erfahrungen, insbesondere für die nachwachsenden Generationen. Wie sich eine derartige politische Bildung näher bestimmen lässt, wie sie sich für verschiedene Arbeitsfelder von Bildungs- und Sozialarbeit ausdifferenziert und in welcher Weise sie auf aktuelle Herausforderungen eingehen kann, zeigt der vorliegende Sammelband auf.

Die Relevanz seiner Themenstellung liegt nahezu auf der Hand, denn die Funktionalität und der Weiterbestand von Demokratie scheinen zunehmend nicht mehr ohne Weiteres gesichert zu sein. Zum Ersten sind Gefährdungen der Grundfesten von Demokratie in den letzten Jahren und Jahrzehnten unübersehbar geworden: durch Rechtsextremismus, Islamismus sowie weitere un- und antidemokratische Haltungen, die populistisch gewandt zum Teil bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen. Zum Zweiten ziehen erstarkende neue soziale Bewegungen, die insbesondere von Teilen der jungen Generation getragen werden, wie etwa *Fridays for Future*, *Ende Gelände* u. ä., in Zweifel, dass die etablierten parlamentarisch-demokratischen Verfahrensweisen globale Herausforderungen wie z. B. Klimawandel, Verteilungsgerechtigkeit und Fluchtmigration oder neuerdings auch Pandemie-Bekämpfung angemessen bewältigen können. Zum Dritten wächst die Skepsis gegenüber dem politischen Personal – um nicht zu sagen: der politischen Klasse – weiter an. Befördert von Krisen und Legitimationsproblemen der repräsentativen Demokratie, greift die Empfindung um sich, der gesellschaftliche Zusammenhalts sei bedroht. Der durch solche Erscheinungen ausgelöste öffentliche Diskurs über die Zukunft der Demokratie wird hier fachlich aufgegriffen. Der vorliegende Band verfolgt die Frage, wie Demokratie nicht nur heute, sondern auch in Zukunft für die nachfolgenden Generationen als Staats- und Gesellschaftsform sowie als respektwahrender Modus alltäglicher Auseinandersetzung in den Lebensräumen und -welten attraktiv und gestaltbar ist. Damit schließt er an Überlegungen an, die u. a. im jüngsten Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zur „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ (BMFSFJ 2020) angestellt wurden, und entfaltet sie weiter bzw. konkretisiert sie.

Fokussiert wird dabei auf sieben besonders relevant erscheinende Handlungsfelder, die dabei jeweils aus einer Wissenschafts- und einer Praxisperspektive betrachtet werden (Teil II). Gerahmt wird diese Diskussion von einer vorab erfolgenden Klärung grundlegender Begrifflichkeiten (Teil I) und von einem abschließenden Kapitel, in dem die Herausgeber arbeitsfeldübergreifende Schlussfolgerungen ziehen (Teil III).

Der einleitende Beitrag ist – wie erwähnt – thematisch einschlägigen definitorischen Grundlegungen gewidmet. Kurt Möller argumentiert hier, dass demokratische Bildung eine spezifische Akzentuierung politischer Bildung darstellt. Er differenziert dabei zwischen „Politik“ und „dem Politischen“, „Demokratie“ und „dem Demokratischen“ sowie „Bildung“ und „dem Bildenden“, skizziert (demokratische) Bildung als Aneignungs- und Subjektivierungsprozess, grenzt dieses Verständnis von verwandten Termini wie „Demokratielernen“ und „Demokratieerziehung“ ab und plädiert für einen Flankenschutz demokratischer Bildung durch „Demokratiapolitik“.

Ein erstes konkretes Arbeitsfeld bezieht sich auf demokratische Bildung in *Kindertageseinrichtungen*. Aus wissenschaftlicher Sicht begründet Benedikt Sturzenhecker in seinem Beitrag unter Bezugnahme auf die UN-Kinderrechtskonvention und die deutsche Gesetzgebung zunächst, warum Demokratiebildung auch in Kindertagesstätten betrieben werden muss. Nachfolgend werden entlang des Konzepts der „Kinderstube der Demokratie“ Strukturen und Arbeitsprinzipien, die in der Lage sind, demokratiebildende Prozesse anzustoßen, vorgestellt und mit Forschungsergebnissen unterfüttert. Petra Wagner erläutert im daran anschließenden Beitrag den Ansatz der Vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung als Praxiskonzept. Dieser Ansatz soll die Diskriminierungskonstellationen wie auch Demokratiedefizite in Kindertageseinrichtungen beheben helfen, die sich in Studien nachweisen lassen. Des Weiteren wird erläutert, wie sich Fachkräfte dieses Konzept im Rahmen von Weiterbildung aneignen können.

Das zweite Arbeitsfeld, das betrachtet wird, ist die *Schule*. Monika Oberle ordnet Begrifflichkeiten und Konzeptionen der politischen Bildung bzw. Demokratiebildung und schildert drei Säulen der Demokratiebildung an Schulen. Zudem erläutert sie die Wertebindung schulischer politischer Bildung in Auseinandersetzung mit den Prinzipien des Beutelsbacher Konsens. Sybille Hoffmann schildert konkrete Strategien gegen Antisemitismus an Schulen im Fachunterricht und in der Schulentwicklung.

Die beiden folgenden Blöcke thematisieren die außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen. Zunächst geht es um die *Offene und Aufsuchende Kinder- und Jugend(sozial)arbeit*, also im Kern um die Frage, welche Rollen Jugendhäuser und mobile Ansätze sozialer und pädagogischer Arbeit mit jungen Menschen im Bereich der demokratischen Bildung spielen (können). Unter wissenschaftlicher Perspektive betonen Ulrich Deinet und Christian Reutlinger insbesondere die Bedeutung von sozialem Raum und den sich darin vollziehenden Aneignungsprozessen von Kindern und Jugendlichen. Kai Dietrich nimmt den auch bei Deinet

und Reutlinger verwendeten Begriff der „kleinen Arenen des Alltags“ auf und hält ausgehend von Praxisszenarien ein nachdrückliches Plädoyer für einen Ansatz lebenswelt- und erfahrungsorientierter gesellschaftskritisch-emanzipatorischer Bildung.

Die explizite *politische Jugendbildung*, also das, was in Jugendbildungsstätten, aber auch von weiteren Trägern der politischen Bildung mit Jugendlichen geleistet wird bzw. geleistet werden sollte, ist Gegenstand des vierten Blocks. *Helle Becker* spannt den Bogen auf und skizziert die rechtlichen, örtlichen, politischen und fachlichen Rahmenbedingungen des weiten Felds der politischen Jugendbildung. *Angelika Barth* nimmt eine Tiefenbohrung vor und schildert die Praxis auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg.

Mit einem Raum, den der 16. Kinder- und Jugendbericht zu Recht zu den „unterschätzten Räumen“ der politischen Bildung zählt, befasst sich ein fünfter Themenzugang: mit den *Hilfen zur Erziehung*. *Florian Neuscheler* arbeitet die historische Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Forschung zur politischen Bildung in diesem Arbeitsfeld mit Schwerpunktsetzung auf die Heimerziehung auf. Darauf aufbauend umreißt er konzeptionelle Orientierungspunkte, die verdeutlichen können, wie demokratische Bildungsprozesse in diesem Feld angestoßen werden können. *Friedhelm Evermann* berichtet aus der Sicht eines Praktikers von seinen Erfahrungen mit politischer Bildung innerhalb von erzieherischen Hilfen und zeigt anhand von konkreten Praxisprojekten Chancen auf, die sich durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten auf tun können.

Als Raum politischer Bildung kaum stärker beachtet als die Hilfen zur Erziehung, stellt sich der *Strafvollzug* dar. Zunächst lotet *Wolfgang Stelly* aus, auf welche Möglichkeiten und Begrenzungen demokratische Bildung in der totalen Institution des Gefängnisses trifft. Im Anschluss zeigen *Cuma Ülger* und *Hakan Çelik* auf, welche Aspekte politischer Bildung im pädagogischen Arbeiten mit religiös motivierten, gewaltbereiten Inhaftierten unter welchen Arbeitsprinzipien und mit welchen Vorgehensweisen umsetzbar sind.

Ein siebter thematischer Abschnitt fokussiert die *Erwachsenenbildung*. Zunächst fragt *Benedikt Widmaier*, inwieweit die Demokratie „gute Bürger:innen“ benötigt, und vor allem auch, welches Leitbild von Bürger:innen die Bildungsarbeit selbst verfolgt. Dann zeigt *Barbara Menke* vor dem Hintergrund entsprechender Praxiserfahrungen der politischen Bildungsorganisation „Arbeit und Leben“ auf, wie demokratische Strukturen in ländlichen Regionen durch aufsuchende Ansätze gestärkt werden können.

Ein Fazit der Herausgeber schließt die Erörterungen des Bandes ab. Es benennt die Rahmenbedingungen, die arbeitsfeldübergreifend erforderlich sind, um demokratische Bildung mit Aussicht auf Erfolg zu betreiben.

Die Beiträge dieses Sammelbandes gehen größtenteils auf eine Ringvorlesung zurück, die im Wintersemester 2020/21 an der Fakultät für Soziale Arbeit, Bildung und Pflege der Hochschule Esslingen unter der Leitung der Herausgeber stattgefunden hat.

Während der letzten Schleife der redaktionellen Überarbeitung der Beiträge hat der auf Befehl der russischen Staatsführung geführte völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine mit seinen dramatischen Folgen begonnen. Zu Recht wird er von vielen auch als eine Bedrohung für Frieden, Freiheit und Demokratie in ganz Europa gesehen. Die weitreichenden weltpolitischen Gefährdungen, die damit verbunden sind, unterstreichen die Bedeutsamkeit einer Vergewisserung und Festigung demokratischer Grundlagen auch hierzulande. Wie Bildungs- und Sozialarbeit dazu beitragen können, ist Thema dieses Bandes, auch wenn er aus zeitlichen Gründen inhaltlich noch nicht konkret auf die sich nun abzeichnenden Angriffe auf demokratische Errungenschaften eingehen kann. Wie unerlässlich eine Stabilisierung demokratischer Grundsätze und Haltungen auch gegen demokratiefeindliche Bestrebungen im Inneren des Landes ist, hat das Gerichtsurteil des Kölner Verwaltungsgerichts einmal mehr deutlich gemacht, das just an dem Tag, an dem diese Zeilen geschrieben wurden, erging: Die gesamte sogenannte „Alternative für Deutschland“ (AfD) darf aufgrund ausreichender Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall, also auch unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, beobachtet werden.

Allen am Projekt Beteiligten gilt unser herzlicher Dank. Besonders gilt dieser der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg für die Mitverantwortung der Vorlesungsreihe als Kooperationspartnerin der Hochschule, ebenso Nadja Bantle für ihre unermüdliche Sichtung der Artikel und ihre Formatierungsarbeit.

Esslingen und Stuttgart im März 2022

Die Herausgeber

Teil I

Grundlegungen

Demokratische Bildung – Grundlegende Begriffe und Verständnisse

Kurt Möller

„Demokratische Bildung“ ist ein Begriff, der in Deutschland im Vergleich zu dem der „politischen Bildung“ eher wenig geläufig ist. Dies gilt sowohl für die öffentlichen Debatten sowie die Diskurse der einschlägigen Fachdisziplinen und -professionen als auch für die Bezeichnungen von Arbeitsfeldern und Einrichtungen, die entsprechende Bildungsaufgaben übernehmen. Verstärkt ist er erst in jüngerer Zeit durch den Auftrag und Titel des 16. Kinder- und Jugendberichts „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ (BMFSFJ 2020) in die Debatte eingebracht worden. Insofern stellt sich die Frage, was „demokratische Bildung“ eigentlich von „politischer Bildung“ unterscheidet und was überhaupt genauer darunter zu verstehen ist.

Der vorliegende Beitrag versucht, eben dieser Frage Antworten zuzuführen. Er geht dies an, indem er in einem ersten Schritt die beiden Adjektive, die die Differenz dieser beiden Bildungsarten markieren, „demokratisch“ und „politisch“, näher beleuchtet und die hinter ihnen stehenden Nomen auf ihre jeweiligen Bedeutungsgehalte hin abklopft. Danach zielt er auf eine Klärung ab, was „Bildung“ generell meint und welche Spezifika von Aneignungs- und Subjektivierungsprozessen mit der Verwendung des Bildungsbegriffs thematisiert und in den Vordergrund gerückt werden. Zum Schluss trifft er Ein- und Abgrenzungen verwandter Begrifflichkeiten wie „Demokratielernen“, „Demokratieerziehung“ u. ä., bevor ein knappes Fazit wesentliche Ergebnisse der Erörterungen zusammenfasst und mit einem kurzen Ausblick versieht.

„Politik“ und „das Politische“ – begriffliche Klärungen

Politikwissenschaftlich wird vielfach – in der Folge der jahrtausendealten Kritik Aristoteles’ an Platons Politikverständnis und später im Aufgriff der im französischen Sprachraum eingeführten Unterscheidung von „la politique“ (die Politik) und „le politique“ (das Politische) – auch in Deutschland zwischen „Politik“ im engeren Sinne einerseits und „dem Politischen“ andererseits unterschieden (vgl. zur Übersicht z. B. Bedorf/Röttgers 2010; Marchart 2010; Meyer 2003). Unabhängig davon, dass die Traditionslinien dieser politischen Differenz in Deutschland verschiedene sind (vgl. v. a. Schmitt 1932; Arendt 1993), lässt sich

grundsätzlich festhalten, dass unter „Politik“ gegenwärtig im Allgemeinen das Funktionssystem verstanden wird, das aus Parteien, Wahlen, Parlament, Regierung, staatlichen Institutionen etc. besteht, wohingegen „das Politische“ die politische Dimension des Sozialen meint. Letzteres bezieht sich auf die Auswirkungen von Politik in den Lebensvollzügen der Menschen, aber auch auf aus Alltagserfahrungen entstehende Haltungen und Empfindungen zu sozial(ökologisch)en Strukturen und Themen. Aus diesen Erfahrungen heraus können Energien entstehen, die wiederum zu einer kollektiven Bewegung führen, mit der über eine gewisse Dauer ein gesellschaftlich relevanter produktiver Prozess angestoßen und getragen werden kann.

Als Funktionssystem lässt sich Politik genauer bestimmen als die Gesamtheit solcher Aktivitäten und Strukturen, die auf Regelungen in und zwischen Gruppierungen von Menschen abzielen. Noch genauer: Politik bezeichnet die Herstellung und Durchsetzung, aber auch die Infragestellung solcher Regelungen, und zwar als (zumindest halb-)öffentlich relevante¹ und verbindliche² für die Angehörigen desjenigen Kollektivs, für das sie Geltung beanspruchen (vgl. auch BMFSFJ 2020). Das Politische ist demgegenüber die Gesamtheit der Auswirkungen dieser Regelungen und Regelungsprozesse in den (alltäglichen) Lebensvollzügen einschließlich der Entwicklung von Impulsen zu (kollektiv angestrebten) Neuregelungen und neuen Thematisierungen. Mit letzteren wird häufig auf die Betroffenheit von Entscheidungen oder auch empfundene Unterlassungen des politischen Funktionssystems reagiert. Nicht selten treten sie auch als Protest gegen oder als Gegenentwurf zu Entscheidungsverfahren dieses Systems auf. Sie

1 In abstrakter und zugleich grober Zuordnung lässt sich eine Trennlinie zwischen „Politik“ und „Privatheit“ dort ziehen, wo die Grenze zwischen dem Öffentlichen und dem Nicht-Öffentlichen verläuft. Faktisch handelt es sich jedoch eher um einen Übergangskorridor oder Zwischenraum als um eine deutlich markierte Grenzlinie. Denn zum einen ragt – darauf hat vor allem die Frauenbewegung mit ihrer Devise „Das Private ist politisch!“ hingewiesen – Politik in Gestalt des Politischen in die Sphären des Nicht-Öffentlichen hinein. Zum anderen existiert eine Reihe von halböffentlichen Räumen (z. B. Einkaufszentren, Jugendzentren u. a.), in denen auf der einen Seite nicht jeder ohne Weiteres Zutritt hat oder für die Hausordnungen von Eigentümern oder Trägern spezifische Regelungen treffen. Auf der anderen Seite herrscht in solchen Räumen aber doch ein interpersonaler Umgang, der eher eine spezifische, eingegrenzte (Teil-)Öffentlichkeit entstehen lässt, als dass er gemeinschaftlich-affektiv konturiert ist. Dieser Umstand ermöglicht es Nutzer:innen unter Umständen auch, durch politische Engagementformen in Mitsprache- und Mitentscheidungsorgane Regelungen mitzubestimmen. Ein Elternabend in einer selbstverwalteten Kita ist z. B. keine öffentliche Veranstaltung, dennoch können hier von Rollenträger:innen (Eltern) Entscheidungen über Regelungen und Strukturen getroffen werden, die für den Kita-Alltag und ggf. auch die Außendarstellung und -wirkung der Einrichtung in den Sozialraum hinein Bedeutung haben.

2 Verbindlichkeit muss sich aus den in Fn. 1 dargelegten Gründen nicht auf die Gesellschaft als ganze erstrecken, sondern kann ggf. auch nur jene Kollektive betreffen, die jeweilige (Teil-)Öffentlichkeiten nutzen, also etwa die Besucher:innen pädagogischer Räume.

setzen dann einen mehr oder minder breit geführten öffentlichen Diskurs in Gang, der – spätestens, wenn Systemloyalitäten fraglich werden – von politischen Funktionsträger:innen und Institutionen nicht mehr zu ignorieren ist, so dass *das Politische* mit *der Politik* in Aushandlung gebracht wird: Politik sieht sich gezwungen, sich gegenüber den Inhalten und Ausdrucksformen des Politischen zu öffnen. In der Folge ‚wandert‘ nicht selten das Politische – modifiziert – in die Politik ‚ein‘, gerinnt hier und veranlasst bisweilen auch Akteur:innen des Politischen und ihre Kollektive, Formen anzunehmen, die sie als Teile des politischen Funktionssystem etablieren oder zumindest als solche erscheinen lassen. Die Entwicklung von „Bündnis 90/Die Grünen“ kann als Beispiel für eine derartige Immigration betrachtet werden. Kurzum: Das Politische und die Politik sind keine völlig getrennten Hemisphären oder Aktionsräume, sie gehen Interaktionen ein, in denen sich ihre Relationen verschieben und Neues entsteht – letzteres unter Umständen sogar auch in Form eines Protests gegen die Metamorphose der Ursprünge des Politischen zu Politik.

Aus dem Erörterten ist vorerst mindestens das Folgende für eine auf politische Themen ausgerichtete Bildungsarbeit abzuleiten: Wie immer man:frau en detail „Bildung“ verstehen mag und wie immer auch das Verhältnis von „politischer Bildung“ zu „demokratischer Bildung“ gedacht werden mag: Sowohl die Politik als auch das Politische ist ihr zentraler Gegenstand. Mehr noch: Gerade die Relationen zwischen beiden Aspekten, ihr Nebeneinander sowie ihre Kommunikationsbeziehungen, Interaktionen und deren Resultate sind ihr hauptsächlichlicher Bezugspunkt.

„Demokratie“ und „das Demokratische“ – begriffliche Klärungen

Dass das Wort „Demokratie“ altgriechischen Ursprung ist und sich aus den Wörtern *demos* (= Volk) und *kratein* (= herrschen, Macht ausüben) zusammensetzt, ist weithin bekannt. Das (ursprüngliche) Fremdwort „Demokratie“ wird daher oftmals schlicht mit „Herrschaft des Volkes“ übersetzt. Nach einer berühmten Sentenz von Abraham Lincoln aus dem Jahre 1863 ist solche Machtausübung ein „government of the people, by the people and for the people“. In Artikel 20, Abs. 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt es ganz grundlegend: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ und wird „vom Volke [...] ausgeübt“. Und die obersten Repräsentant:innen dieser Staatsgewalt – z. B. der Bundespräsident und die Bundeskanzlerin – schwören in ihrem Amtseid nach Artikel 56 des Grundgesetzes, zum „Wohle des deutschen Volkes“ zu agieren.

Wie „Volksheerrschaft“ sich im Einzelnen darstellen und entwickeln und wie sie politisch-ethisch grundiert werden kann, erörtern empirisch-analytische,